

Ehemalige Heimkinder geben keine Ruhe –  
Reflexion zu zwei Pressekonferenzen am 13.12.10  
von Manuel Koesters

Schon vor der offiziellen Pressekonferenz des Runden Tisches Heimerziehung gab es Rabbatz. Im Innenhof des so gepflegten Hauses der Bundespressekonferenz schrie eine Dame wegen einer diskriminierenden Bemerkung in einem Spiegelartikel auf die Anwesenden ein. Sie lasse sich nicht den Mund verbieten. Der Pförtner machte Beruhigungs- und Beschwichtigungsversuche, konnte ihr aber letztlich nicht „die Tür weisen“. Bei diesem schweren Thema, was regelrecht im Gebäude stand, fiel jede Regelung schwer.

Bedröppelt schauten später die Verkünder/innen der geplanten Entschädigungslösung auf die Presse. Tief in sich versunken Frau Vollmer, die als evangelische Spitzentheologin keine himmlische Botschaft zu verkünden hatte. Nach zwei Jahren war nicht mehr drin: wenn 5 Euro mehr für die heutigen Kinder reichen müssen, dann sind die sozialen Gegebenheiten nicht so, dass man (üppige?) Entschädigungsrenten von 300 Euro (Einmalbetrag 54.000 Euro), wie es die ehemaligen Heimkinder gefordert haben, zahlen könnte.

Man hatte so ein bisschen den Eindruck, die „Erwachsenen“ haben mal wieder über die Kinder entschieden. Das ganze wirkte sehr durch die Zähne herausgepresst.

Auf der Gegenpressekonferenz unter Leitung von „Gegenmutter“, Frau Mathäus-Maier, die sich sichtlich bemühte, die Würde der anwesenden Heimkinder zu wahren, wurde denn auch von Erpressung gesprochen. Hier ging es sehr emotional zur Sache, hier konnten auch die Wut und der Zorn über die vom Runden Tisch vorgelegte Lösung deutlich gezeigt werden.

Als ehemaliger Jugendamtsmitarbeiter, der auch viel mit dem Schicksal von heutigen Heimkindern konfrontiert wurde, berührte mich das Thema sehr. Aus meinen Erfahrungen weiß ich, dass auch heutzutage Kinder in stationären Einrichtungen nicht immer vor Übergriffen sicher sind, und das, obwohl sie häufig in ihren Familien schon traumatisiert wurden.

Wie der runde Tisch in seinem Abschlussbericht feststellt, trägt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Heimeinrichtungen zur Prävention vor Übergriffen und Missbrauch bei.

Kann man sich aber für solche sinnvollen Lösungsversuche in einem Verfahren entscheiden, das nicht die minimalsten Beteiligungskriterien erfüllt. Ist das Verfahren des Runden Tisches – entstanden als Symbol für eine demokratische mit Bürgern erarbeitete Wende – instrumentalisiert worden, um eine schlechte Lösung zu rechtfertigen?

Ich denke, ja.

Denn beim Runden Tisch Heimerziehung offenbarte sich, dass betroffene Bürger, und die ehemaligen Heimkinder sind auch Bürger dieser Demokratie und dieses Rechtsstaates nicht angemessen an wichtigen Entscheidungen über ihre Anliegen beteiligt werden. Und es geht hier nicht „nur“ um einen Flughafen- oder Bahnhofsneubau, sondern um erlittenes

Unrecht, um jahrelange Qualen, um furchtbarste Zustände in der damaligen Heimerziehung. Es geht um eine angemessene Entschädigung für Zwangsarbeit und Traumatisierungen, die rein menschlich nicht mehr gut zu machen sind. Es geht darum, dass in der Obhut des Staates und kirchlicher Einrichtungen menschliche Grausamkeiten an Kindern und Jugendlichen verübt wurden.

Das Verhandlungsergebnis ist offenbar mittels erheblichem Druck auf die ehemaligen Heimkinder zustande gekommen, somit wurde **keine wirkliche Einigung** erzielt. Und es wurde auch nicht die Spur eines heilenden und versöhnenden Elementes erreicht, das verletzte Seelen ein wenig trösten könnte.

Selbst der Anschein eines Makels in dieser Frage ist dringend auszuräumen, da eine Lösung, die von einem großen Teil der ehemaligen Heimkinder abgelehnt wird, zu neuen Hemmschwellen führt, die Leistungen überhaupt in Anspruch zu nehmen.